



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

zu 8.1 **Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Evaluierung der papierlosen Ratsarbeit**
 Vorlage: VI/2018/04058

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

17 Ja-Stimmen

26 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung, Umsetzung und aktuelle Handhabung der papierlosen Ratsarbeit zu evaluieren. Dabei ist ein Kostenvergleich vorzunehmen. Die Stadtverwaltung legt dem Rat einen abschließenden Bericht zur Sitzung im Oktober 2018 vor.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung, Umsetzung und aktuelle Handhabung der papierlosen Ratsarbeit unter Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer zu evaluieren. Die Stadtverwaltung legt dem Rat einen abschließenden Bericht zur Sitzung Dezember 2018 vor. Bestandteil des Berichts sind Vorschläge zur Verbesserung des derzeitigen Systems.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des
ehemaligen RAW
Vorlage: VI/2018/04059**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der DB AG Gespräche aufzunehmen, die die Entwicklung der Flächen des ehemaligen RAW für Gewerbeansiedlungen zum Ziel haben. Dem Stadtrat ist entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse dieser Gespräche bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im September 2017 zu geben.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW
Vorlage: VI/2018/03976**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, ~~mit der DB AG Gespräche aufzunehmen, die die Entwicklung der Flächen des ehemaligen RAW für Gewerbeansiedlungen zum Ziel haben~~ **in den laufenden Gesprächen zwischen Vertretern der Deutschen Bahn, des Bundeseisenbahnvermögens und der Stadtverwaltung im Rahmen des Arbeitskreises Bahnflächen verstärkt folgende Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen:**

- **Nutzung des ehemaligen RAW-Geländes als Standort für ein Kongresszentrum mit Weiterentwicklung der alten RAW-Hallen zu einem Veranstaltungszentrum unter Erhaltung der Altbausubstanz**
- **Im Zuge der Entwicklung des Geländes eine Verlängerung des Personentunnels von Bahnhofshauptgebäude nach Osten Richtung Delitzscher Straße**
- **Einbeziehung der historischen Altbausubstanz auf dem RAW-Gelände in alle möglichen Überlegungen des Arbeitskreises**
- **Städtebaulicher Wettbewerb zur Bepanung des Geländes unter Einbeziehung des Nordöstlichen stadtzugewandten Baufeldes (Parkplatz Volkmannstraße).**

Dem Stadtrat ist entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse dieser Gespräche bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im ~~September 2017~~ **Januar 2019** zu geben.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur
 graffitifreien Altstadt
 Vorlage: VI/2018/04154**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen in wie weit es möglich ist, den Altstadt kern von illegalen Graffiti s zu säubern und dauerhaft gesäubert zu halten. In diesem Zusammenhang sollen sowohl eigene Kapazitäten als auch der Abschluss eines Rahmenvertrages mit entsprechenden Reinigungsunternehmen geprüft werden. Der dazu erforderliche Aufwand ist dem Stadtrat bis zur Novembersitzung 2018 anzuzeigen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für
Schulen und Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2018/04067**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Für individuelle erforderliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in Schulgebäuden und Kindertagesstätten (ohne Förderschwerpunkt), ist für das Haushaltsjahr 2019 ein zusätzlicher Titel im Haushaltsplan einzurichten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen angemessenen finanziellen Rahmen für die notwendige Höhe dieser individuell einsetzbaren Mittel festzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Systematik zu erarbeiten, nach der die finanziellen Mittel für die individuelle Barrierefreiheit an Schulen und Kindertagesstätten vergeben werden

Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen

- a. Ablauf des Antrags- und Prüfverfahrens für das jeweilige Haushaltsjahr
- b. die Art der jeweiligen Maßnahme zur Schaffung von Barrierefreiheit (festinstallierte oder bewegliche bzw. wiederverwendbare Installationen)
- c. Überprüfung, ob die Installationen zur individuellen Barrierefreiheit im Einzelfall gemietet oder geleast werden können
- d. zu erwartende Mindestnutzungsdauer einer Installation in der jeweiligen Einrichtung bei festinstallierten Hilfen
- e. maximaler finanzieller Rahmen pro Installationsmaßnahme



4. Im Haushaltsplan soll gewährleistet werden, dass gegen Ende des Haushaltsjahres nicht verwendete Mittel für niederschwellige Schulinvestitionen und investitionsplanrelevante Herrichtungen von Schulhöfen verwendet werden
5. Über die beabsichtigte Verwendung der bis dahin nicht verwendeten Haushaltsmittel (Beschlusspunkt 3) ist der Stadtrat in der Septembersitzung des jeweils laufenden Haushaltsjahres zu informieren.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

zu 8.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses**
Vorlage: VI/2018/03881

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit der vorgesehenen Sanierung der Fassade des denkmalgeschützten Stadthauses einen Wettbewerb zu realisieren, der eine innovative Gestaltungslösung **mit Figuren** im Bereich der Balkonfenster des Festsaaes zum Ziel hat. Wettbewerb und Umsetzung sind mit städtischen Mitteln aus dem Budget für Kunst-am-Bau Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: VI/2018/03885**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im 2. Quartal 2018 ein noch 2018 umzusetzendes Konzept nebst Finanzierung hinsichtlich Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die 253 im Bereich der Halle-Saale-Schleife im Rahmen von vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung einer Hochwasserschutzanlage im Juli 2013 gefällten Bäume zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

zu 8.7 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Schulturnhallennutzung durch Horte in den Schulferien
Vorlage: VI/2018/04072**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Ab den Sommerferien 2018 verzichtet die Stadt Halle auf die Erhebung eines Betriebskostenanteils für die Nutzung von Schulsporthallen in den Ferien durch Horteinrichtungen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

28.09.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.09.2018:

**zu 8.9 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2018/04085**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Mitwirkungsverbot:

Frau Hinniger

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zur Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 06. November 2018 einen Rahmenplan / Masterplan Riebeckplatz auf Grundlage des Leitbildes Riebeckplatz (VI/2014/00187) zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Von einem weiteren Verkauf kommunaler Flächen im Entwicklungsbereich Riebeckplatz sowie von einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist bis zur Vorlage und Beschlussfassung des Rahmenplanes / Masterplanes Riebeckplatz abzusehen.
3. Auf der Grundlage des Leitbildes Riebeckplatz berücksichtigt der Rahmenplan / Masterplan Riebeckplatz, wie die folgenden Planungsprämissen in Bezug auf die einzelnen Baufelder baulich umgesetzt werden können:
 - a) Die im Leitbild Riebeckplatz festgelegten Höhendominanten an den vorgesehenen Standorten werden beibehalten. Die Bebauung wird mit ca. 25 Geschossen und einer Gesamthöhe von ca. 80 Metern erfolgen.
 - b) Es sollen Raumkanten entsprechend des Leitbildes Riebeckplatzes geschaffen werden – verbunden mit einer Qualifizierung des Freiraumes.
 - c) Das derzeitige Mobilitätskonzept muss insbesondere für den Bereich Riebeckplatz unter Berücksichtigung der Fuß- und Radwegebeziehungen



weiterentwickelt werden. Dies muss durch weitere zusätzliche Fuß- und Radweganbindungen der einzelnen Quadranten vom zentralen Rondell aus über neue Tunnelanlagen in der Minus-1-Ebene und/oder neue Brücken und Fußgängerbereiche in der Plus-1-Ebene erfolgen. Mit der Ausbildung der Fußwegeverbindungen können in den Eckpunkten der Quadranten kleeblattartige Freiräume entstehen – angebunden an das zentrale Rondell. Eine zusätzliche Fuß- und Radweganbindung muss ebenfalls im nördlichen Bereich zwischen Magdeburger Straße und Volkmannstraße geschaffen werden.

- d) Um den hohen Versiegelungsgrad zu kompensieren sind bei der Planung angemessene Maßnahmen für ein verbessertes Stadtklima (z. B. begrünte Dächer und Fassaden, begrünte Etagen und Hausgärten, Baumpflanzungen auch innerhalb der Gebäude, Photovoltaikanlagen, Solarthermie) zu berücksichtigen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer